VERANSTALTUNGSBERICHT

Stefanie Knörck

Titel	**Frieden in Burundi und was er bedeutet**
Veranstalter	**Great Lakes Policy Forum**
Art	**Podiumsdiskussion**
Datum	**12. Januar 2007**

Das *Great Lakes Policy Forum*, ein Zusammenschluss von verschiedenen Regierungs-, Nichtregierungs- sowie multilateralen Organisationen, befasste sich am 12. Januar 2007 mit der aktuellen Situation in Burundi. Ziel war es, einen Überblick über die Entwicklungen seit Abschluss der Friedensvereinbarung zu geben.

Ein Vertreter von *Human Rights Watch* eröffnete seinen Vortrag, der sich mit der Menschenrechtssituation in Burundi befasste, mit einem Beispiel. So seien in einer Provinz im Norden des Landes 30 Zivilisten ohne jegliche Anklage hingerichtet worden. Dieser Fall werde als Testfall für die Regierung angesehen um herauszufinden, inwieweit Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wirklich durchgesetzt würden. Bisher seien die Ermittlungen noch nicht weit vorangetrieben worden. Niemand von den Verantwortlichen sei bisher verhaftet worden. Ein weiteres wichtiges Thema in Burundi sei die Verurteilung von Menschen aufgrund von Verbrechen, die vor dem Waffenstillstand begangen wurden. Es sei schwer, hier einen Anfang zu finden, da jeder mit Recht fragen würde, warum nun ausgerechnet mit ihm begonnen werden solle. Auch die Bearbeitung von Fällen mit großer öffentlicher Anteilnahme erweise sich als schwierig, da viele der Beteiligten Rache üben und die Angeklagten für die Verbrechen der letzten Jahrzehnte verantwortlich machen wollten. Als weiterhin kritisch wurde die Situation der Journalisten bezeichnet. Diese würden nicht ausreichend durch die Regierung geschützt. Abschließend wurde festgehalten, dass es in den Bereichen Gesundheit und Bildung zwar Fortschritte gegeben habe, die Regierung aber in den Bereichen Justiz und Toleranz von Kritikern noch nicht genug unternommen habe. Diese Bereiche seien weiterhin kritisch.

Ein Experte des *Woodrow Wilson International Center for Scholars* konstatierte, dass es zwar immer noch Menschenrechtsverletzungen gebe, diese Probleme aber zum Großteil im Bereich der Geheimdienste und nicht in der Bevölkerung zu finden seien. Die großen politischen Spannungen seine heute nicht mehr zwischen Hutu und Tutsi zu finden, sondern zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen Regierung und Medien. Auch diese Spannungen existierten nicht aufgrund ethnischer Differenzen. Weiterhin wurde betont, dass die Kohäsion zwischen den Sicherheitskräften außerordentlich gut funktioniere. Bemerkenswert sei außerdem, dass die Regierung sich zum ersten Mal auf die

ländliche Bevölkerung konzentriere, die lange Zeit vernachlässigt worden war. Die Themen Korruption und Menschenrechte seien weiterhin sehr wichtig für die Regierung. Um ihr Handeln zu verstehen, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass die Regierung von großer Unsicherheit geprägt sei, sie sei ständig in Angst, gestürzt zu werden. Deshalb sei es wichtig, die Regierung für ihre Fortschritte zu loben, auch wenn die fundamentalen Probleme des Landes noch lange nicht gelöst seien.

Anschließend berichtete ein Wissenschaftler der *Tufts University* von einer von ihm kürzlich in Burundi durchgeführten Studie. Man habe mit ca. 400 Einwohnern Burundis offene Interviews geführt, um herauszufinden, was die Menschen über Governance, Frieden und Menschenrechte denken. Im ganzen Land sei ein positiver Trend festzustellen, die Frage der Sicherheit stehe weiterhin im Vordergrund. Diese werde überall als deutlich verbessert eingeschätzt, besonders in den ländlichen Gebieten. Die Sicherheit sei allerdings immer noch fragil und Kriminalität auch weiterhin ein Problem. Die Polizei sei von den Befragten nur selten erwähnt worden. Die eine Hälfte der Bemerkungen über Erfahrungen mit der Polizei sei positiv gewesen, die andere negativ. Auffallend sei hierbei gewesen, dass die negativen Erfahrungen alle in Tutsi-dominierten Gegenden gemacht worden seien. Auf die Frage, was Frieden für sie bedeute, habe ein Drittel der Befragten mit ‚Abwesenheit von Krieg' geantwortet, was leicht mit den Erfahrungen der Vergangenheit zu erklären sei. Nur ein extrem geringer Teil der Befragten habe Frieden mit Politik in Verbindung gebracht.

In der anschliessenden Diskussion wurden verschiedenste Themen aufgegriffen. So wurde ermahnt, das Land nach Abschluss der Friedensvereinbarung nicht zu vernachlässigen, es sei auch weiterhin auf Spendengelder angewiesen, um die Lage zu stabilisieren und die Entwicklung der Wirtschaft voranzutreiben. Die Probleme seien mit der Friedensvereinbarung nicht plötzlich gelöst. Auch solle man bei der Entwicklungshilfe die Städte nicht vergessen. Oft konzentriere man sich ausschließlich auf die ländlichen Gebiete, auch wenn die Hilfe in Teilen der Städte genauso nötig sei. Des weiteren müsse man den Menschen helfen, Vertrauen zueinander aufzubauen. Die Bevölkerung müsse verstehen, dass von Zusammenarbeit alle profitieren können. Man müsse den Menschen die Fähigkeiten vermitteln, mit denen sie selbst entscheiden können, wie sie ihre Probleme lösen wollen. Für die Bevölkerung sei die Bildung ihrer Kinder extrem wichtig. Diese werde als Möglichkeit auf ein besseres Leben angesehen.